Kämpfe um Wohnraum in Winterthur

Mary Burns. Die Stadt an der Eulach verabschiedet sich nur mühsam von ihrer industriellen Vergangenheit. Seit Anfang der 1990er-Jahre als die Maschinenindustrie vor die Hunde ging, versucht der Stadtrat, Firmen und Reiche anzuziehen. Dies zur grosse Freude des Stefanini-Clans, der zu einem erneuten Angriff auf bezahlbaren Wohnraum bläst.



Den Bewohner*innen der Stefanini-Häuser in Winterthur steht ein harter Kampf bevor. Bild: zVg

Die Politik der Stadt ist ausgerichtet an den Interessen des Kapitals: Steuergeschenke, Privatisierungen, Kommerzialisierung des öffentlichen Raums. Jedes Anzeichen von Armut wird gesäubert und übertüncht. Es gibt eine Gentrifizierung, mit der die Stadt für Besserverdienende attraktiv werden soll. Das Volkshaus beim Bahnhof etwa wurde 2004 mit dem Segen des SP-dominierten Stadtrats abgerissen, um einer Besetzung zuvorzukommen. Heute steht hier ein Einkaufstempel mit Luxuswohnungen. Um den Bahnhof und auf ehemaligen Industriearealen wachsen teure Wohnungen und Shoppingzentren in den Himmel.

Günstiger Wohnraum ist im Unterschied zur Stadt Zürich zwar noch vorhanden. In einer Stadt wie Winterthur mit einer hohen Arbeitslosen- und Sozialhilfequote ist das enorm wichtig. Doch die Siedlungen, die einst für die Arbeiter*nnen der Maschinenfabriken gebaut wurden, sind vom Abriss oder teuren Sanierungen bedroht. Im Vergleich zur Stadt Zürich hat es wenige Genossenschaftswohnungen.

Kleinvieh macht auch Mist

Dann gibt es die Stefanini-Häuser, in Winterthur fast 1800 Wohnungen in 200 Häusern, in der restlichen Schweiz weitere 180 Liegenschaften. Bruno Stefanini wurde 1924 als Sohn einer italienischen
Sozialist*innen-Familie geboren, die in Winterthur
eine solidarische Kooperative mit aufgebaut hat. Er
selbst hatte wenig Solidarisches im Sinn. Mit dem
Aufkaufen und Erstellen von Häusern (bezahlt mit
Geldern italienischer Migrant*innen) wurde er steinreich.

Stefanini steckte sein Geld nicht in den Unterhalt der Häuser. Er finanzierte mit den Mieteinnahmen lieber seine grosse Kunstsammlung. Er war gleichzeitig einer der grössten Slumlords und Kunstsammler der Schweiz. Heute wohnen in seinen Häusern Arme, Ausländer*innen, Arbeiter*innen, Künstler*innen, Pensionierte, Sozialhilfe-, IV-, ALV-Abhängige und Hausbesetzer*innen. In Stefanini-Häusern gibt es kleine Läden und Werkstätten.

Als es 2014 mit Stefaninis Gesundheit bergab ging (er verstarb 2018), führten seine Kinder und die Manager*innen seiner Firmen einen Machtkampf um die Vorherrschaft in der von ihm gegründeten Kunststiftung SKKG (Stiftung für Kunst, Kultur und Geschichte, die sich den Erhalt der «abendländischen Kultur» zum Ziel setzt). Denn diese sollte sämtliche Liegenschaften übernehmen. Den juristischen Streit gewann seine Tochter Bettina Stefanini. Sie will nun die Kunststiftung vergolden. Dafür hat sie sich Leute aus dem Umfeld von Banken und des Zürcher Immo-Klüngels in die Stiftungs- und Verwaltungsräte geholt.

Friede den Hütten...

Als der Machtkampf um Stefaninis Grossgrundbesitz begann, war den Bewohner*innen der Stefanini-Häuser klar, dass in der Folge die Mieten steigen werden. Ab 2014 wurden die ersten Liegenschaften in der Altstadt teuer saniert. Ebenfalls seit 2014 trifft sich monatlich die IGBBSL, die Interessengemeinschaft der Bewohner*innen und Benutzer*innen von Stefanini-Liegenschaften. Sie setzt sich für den Erhalt von günstigem Wohnraum ein.

Nun wird es ernst. Diesen Januar haben Verantwortliche der SKKG und ihrer Verwaltungsfirma Terresta an einer Informationsveranstaltung an-gekündigt, sie würden eine Milliarde Franken in die Sanierung, in den Abriss und die Neuüberbauung sämtlicher Stefanini-Häuser stecken. Die IGBBSL hat in einer Stellungnahme die Pläne der Kunststiftung kritisiert. Sie fordert, dass Sanierungen sinn- und massvoll umgesetzt werden. Den Bewohner*innen dürfe nicht gekündigt werden und die Sanierungskosten solle die millionenschwere Stiftung übernehmen.

...Krieg den Palästen

Bereits letztes Jahr haben Mieter*innen von Stefanini-Wohnungen die Kündigung erhalten. Sie bekamen neue Verträge zu höheren Mieten vorgesetzt. Im Herbst hat die SKKG gegen einige der zum Teil seit über zwanzig Jahren besetzten, selbstverwalteten und auf eigene Kosten instandgehaltenen Häuser erste Ultimaten ausgesprochen.

Renzo Fagetti, Geschäftsleiter der Terresta, und Bettina Stefanini, SKKG-Präsidentin und Terresta-Verwaltungsrätin, erproben eine Spaltungsstrategie. Sie verweigern sich einer kollektiven Lösung, welche die selbstverwalteten Häuser anstreben, die seit 1997 besetzt oder als Ersatzobjekte für Besetzungen erstritten worden sind. Stattdessen werden individuell kurzfristige und unsichere Gebrauchsleiverträge angeboten. Mit dem Ziel, dass die Bewohner*innen sich «einvernehmlich» selbst auf die Strasse stellen, sollte ein Abriss oder eine Sanierung anstehen.

Diesem Vorgehen stellen sich die Betroffenen solidarisch entgegen. Sie haben gemeinsam einen offenen Brief verfasst und ihn am 27. März, dem internationalen Housing Action Day, an die Stefanini-Firmen sowie die Medien geschickt. Statt scheibchenweiser Vertreibung fordern sie langfristige Baurechtsverträge für die von ihnen bewohnten Liegenschaften. Sie möchten eine kollektive Struktur schaffen, um die Selbstverwaltung der Häuser zu erhalten und den Wohnraum der Spekulation zu entziehen. Die Unterzeichnenden sagen, dass angesichts der Klimakrise die Selbstverwaltung aus ökologischen und sozialen Gründen die sinnvollste Lösung ist.

Gegenüber dem vorwärts erklären sie: «Wir sind gespannt auf die Antwort der Eigentümerschaft, die sich mit ihren Millionen exzessiv darum bemüht, medial einen guten Eindruck zu schinden. Der Eindruck, den wir von ihrer Antwort erhalten, wird entscheidend dafür sein, wie unser Kampf um den günstigen Wohnraum weitergehen wird. Ein Ende der Auseinandersetzung ist nicht in Sicht. Wir benötigen einen langen Atem und eure Unterstützung. Denn zuerst mag es bloss die «Lotterbuden» treffen, doch später steigen dann auch die Mieten in der Nachbarschaft.»

INFOS: IGBBSL.WORDPRESS.COM / TWITTER.
COM/IGBBSL

AM SAMSTAG, 17. APRIL 2021, 14 UHR IM STADTPARK WINTERTHUR: STADTSPAZIERGANG GEGEN AUFWERTUNG

